





Liebe Leser,

der "Flüchtlingsgipfel" ist gescheitert und hat alle Betroffenen in der Migrationskrise vor den Kopf gestoßen. Bund und Land verschließen weitgehend ihre Augen und Ohren vor den Sorgen der mit der Unterbringung von Flüchtlingen überforderten Landräte und Bürgermeister. Die Regierung lässt die Kommunen mit den Problemen mehr oder weniger alleine. In aller Deutlichkeit haben wir mit unserer Aktuellen Stunde die Forderungen bezüglich einer Begrenzung der Flüchtlingsströme sowie der Zurückweisung illegaler Zuwanderer deutlich gemacht und auf die Verwerfungen in der Gesellschaft hingewiesen.

Ungeachtet der weltweiten Kritik an der "documenta fifteen" wegen des offenen Antisemitismus, der in Kassel über die gesamte Dauer der Ausstellung offenkundig wurde, weist Ministerin Angela Dorn weiterhin jede Verantwortung von sich. Sie betont stattdessen ihre angeblich rundum gelungene, politisch korrekte Kulturpolitik. Das haben wir ihr nicht durchgehen lassen. In seiner Rede hat Dr. Frank Grobe auf einige der gravierendsten Fehler der Ministerin und die langfristigen Schäden des Skandals hingewiesen.

Klaus Gagel bezeichnete den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Stärkung der Nahmobilität in Hessen als "Gesetz zur Stärkung der Radmobilität und zur weiteren Bestrafung der Autofahrer in Hessen" und traf damit den Nagel auf den Kopf. Heiko Scholz kritisierte die "Entprofessionalisierung der Bildung" und die hohen Migrantenquoten in unseren Schulklassen. Als letzten Tagesordnungspunkt lehnte der Landtag den von uns geforderten Untersuchungsausschuss zu den Corona-Maßnahmen mehrheitlich ab und zeigt damit, dass er an einer ehrlichen Aufarbeitung keinerlei Interesse hat.

Damit viel Spaß beim Lesen unseres neugestalteten Magazins und herzliche Grüße

Ihr Robert Lambrou Fraktionsvorsitzender



Flüchtlingswelle 2023: Die nächste Stufe der Eskalation

Die unkontrollierte Masseneinwanderung und die Fluchtbewegungen der vergangenen zwölf Monate nach Deutschland übertreffen mittlerweile selbst die Dimensionen von 2015. Die Entwicklung stellt nicht nur die hessischen Kommunen, sondern auch die Bürger unseres Landes zunehmend vor nahezu unlösbare Probleme.

Dies belegen nicht zuletzt die offenen Briefe maßgeblicher Kommunalpolitiker aus den Landkreisen Wetterau und Main-Taunus an Ministerpräsident Boris Rhein. Mehr und mehr greift das Thema Zuwanderung in den Alltag der Menschen ein – zum Beispiel bei der Wohnungssuche, der Inneren Sicherheit, dem Bildungs- und Gesundheitsbereich.

Bereits seit ihrer Gründung vor zehn Jahren fordert die AfD die Sicherung der offenen Grenzen vor illegaler Migration und die zeitnahe Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern. Mittlerweile greifen auch betroffene Landräte und Bürgermeister aus anderen Parteien in Hessen unsere berechtigten Forderungen auf.

Desungeachtet hält die Landesregierung unter der Führung von Ministerpräsident Boris Rhein an ihrem freiwilligen Aufnahmeprogramm für Afghanen fest und entzieht sich der weitgehend einer ehrlichen Diskussion über die illegale Masseneinwanderung und deren Folgen für die Menschen in Hessen.

Klicken Sie auf das Bild oder folgen Sie <u>diesem Link</u>, um das aktuelle dreiminütige Video unseres Fraktionsvorsitzenden Robert Lambrou zu sehen.

UNSERE LANDTAGSREDEN

Zeitenwende in der Migrationspolitik



Robert Lambrou

"Derzeit sind rund 300.000 Ausländer vollziehbar ausreisepflichtig – etwa 20.000 davon in Hessen. Es ist daher unverantwortlich, weitere Anreize zu setzen, sich aus wirtschaftlichen Gründen auf den Weg in die Bundesrepublik zu machen. Man kann nicht in kurzer Zeit beliebig viele Zuwanderer aufnehmen, ohne die gesellschaftlichen Verhältnisse in eine bedrohliche Schieflage zu bringen."

Sehen Sie <u>hier</u> die ganze Rede oder klicken Sie auf das Bild.

Presse: Süddeutsche.de: Flüchtlingshilfe: Finanzierung sorgt für Streit im Landtag

Ohrfeige für Untätigkeit von Ministerin Dorn



Dr. Frank Grobe

"Von der 'documenta fifteen' wird vor allem die antisemitische und israelfeindliche Propaganda in Erinnerung bleiben, die angesichts des Kuratorenkollektivs 'Ruangrupa' bereits im Vorfeld absehbar war. Anstatt den Skandal im Keim zu ersticken und die antisemitischen Künstlerkollektive umgehend nach Hause zu schicken, stellte sich Ministerin Dorn in Nibelungentreue schützend vor die BDS-Anhänger."

Sehen Sie hier die ganze Rede oder klicken Sie auf das Bild.

Presse: Hessenschau: documenta soll grundlegend reformiert werden

UNSERE LANDTAGSREDEN

Grundgesetz soll aus den Angeln gehoben werden



Volker Richter

"Nichts ist schlimmer als sozialistisch angehauchte Politik, die den Bürgern ihre Rechte nimmt. Die dreisten Sicherstellungs- und Enteignungsforderungen von privaten Immobilien zur "Unterbringung von Geflüchteten oder Asylsuchenden" sollen das Fundament für eine Fortführung der gescheiterten Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik bilden, die zwangsläufig eine Notlage am Wohnungsmarkt schafft."

Sehen Sie <u>hier</u> die ganze Rede oder klicken Sie auf das Bild.

Presse: Frankfurter Rundschau: Hessen: Kritik an Gesetzentwurf der Linken

Grüner Antrag gehört auf den Komposthaufen



Andreas Lichert

"Die tatsächlichen Kosten des Ukraine-Konflikt können derzeit nur erahnt werden. Die Preissteigerungen fressen sich durch Wirtschaft und Gesellschaft und belasten unsere Kaufkraft. Während das dauerhaft erhöhte Preisniveau einen massiven Wohlstandsverlust für alle hessischen Bürger bewirkt, stellt sich vielen Unternehmen die Frage, ob ihr Geschäftsmodell überhaupt noch tragfähig ist."

Sehen Sie <u>hier</u> die ganze Rede oder klicken Sie auf das Bild.

Presse: FAZ: Die AfD und der Krieg

Presse: SAT.1: Hessischer Landtag debattiert über Folgen des Ukrainekrieges

UNSERE LANDTAGSREDEN

Gegen jegliche Form der "Wohnberechtigung"



Dimitri Schulz

"Bis 2040 werden in Hessen 400.000 Wohnungen fehlen. Der Grund dafür ist eine überbordende Bürokratie und immer neue Vorschriften, die das Bauen erschweren – mit der Begründung, dass der Klimawandel bekämpft werden muss. Weiter verschärft werden die Engpässe auf dem Wohnungsmarkt durch die zahllosen von Transferleistungen abhängigen Migranten in den Ballungsräumen."

Sehen Sie <u>hier</u> die ganze Rede oder klicken Sie auf das Bild.

Presse: Hessenschau: SPD blitzt mit Förderprogramm für Mitarbeiterwohnungen ab

Presse: Wiesbadener Kurier: Geförderte Mitarbeiterwohnungen als Mittel gegen die Krise?

Entprofessionalisierung der Bildung stoppen!



Heiko Scholz

"Durch die unverantwortliche, für den Bildungsverfall zumindest teilursächliche Einwanderungspolitik sind in unseren Großstädten Brennpunktschulen entstanden. Selbst der Lehrerverband räumt ein, dass bei Migrantenquoten von vielfach über 90 Prozent keine Integration gelingen kann. Die Opfer dieses historischen Versagens sind nicht nur die Lehrer und Eltern, sondern in erster Linie unsere Kinder."

Sehen Sie hier die ganze Rede oder klicken Sie auf das Bild.

Presse: Frankfurter Neue Presse: Landtag streitet über hessische Schulpolitik

UNSERE LANDTAGSREDEN

Gleichberechtigung gelingt nicht per Gesetz



Arno Enners

"Die Gesetzesentwürfe überraschen schon dadurch, dass sie in der Überschrift nur von Männern und Frauen sprechen. Wäre es nicht gegenüber der eigenen Ideologie konsequenter gewesen, auch nicht-binäre Menschen zu erwähnen? Mit dem Gesetzentwurf würde die Diskriminierung von Männern zu einem Gesetz erhoben werden. Dann gilt nicht mehr: Vor dem Gesetz sind alle gleich."

Sehen Sie <u>hier</u> die ganze Rede oder klicken Sie auf das Bild.

Fahrradgesetz in Faschingsverkleidung



Klaus Gagel

"Es soll eine ideologische Agenda umgesetzt werden soll, deren oberster Imperativ die Klimaneutralität zu sein scheint. Dabei handelt es sich um eine Politikveränderung, die von oben nach unten diktiert wird. Benötigt wird keine Verkehrswende, sondern gut ausgebaute Straßen, smarte Verkehrsmanagementsysteme, ausreichender und billiger Parkraum und eine sinnvolle Verkehrsführung in den Innenstädten."

Sehen Sie <u>hier</u> die ganze Rede oder klicken Sie auf das Bild.

UNSERE LANDTAGSREDEN

Finanzierung des Rechtsstaates absichern!



Erich Heidkamp

"Der Rechtsstaat als Voraussetzung für Frieden, Freiheit und gesellschaftlichen Zusammenhang muss Vergehen und Verbrechen konsequent aufdecken, verurteilen und bestrafen. Judikative und Exekutive müssen personell und finanziell mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden, denn auch verzögerte oder nicht stattfindende Aufklärung, Verfahren und Verurteilung können großes Unrecht darstellen."

Sehen Sie <u>hier</u> die ganze Rede oder klicken Sie auf das Bild.

Corona-Untersuchungsausschuss abgelehnt



Der Antrag der AfD, einen Corona-Untersuchungsausschuss einzurichten, erlangte nicht die erforderliche Mehrheit. Die Hessische Landesregierung hat die Forderungen der AfD nach mehr Obduktionen bei Bürgern, die an Corona verstorben sind, ebenso abgelehnt wie Obduktionen bei Toten nach Impfungen. Die Ablehnung unseres Antrages ist wahrlich kein Glanzstück der selbsternannten demokratischen Parteien.

Sehen Sie hier die ganze Rede oder klicken Sie auf das Bild.

Presse: Welt.de: AfD-Fraktion fordert Corona-Untersuchungsausschuss in Hessen



IMPRESSUM



HERAUSGEBER

AfD-Fraktion im Hessischen Landtag Schloßplatz 1-3 afd-fraktion@ltg.hessen.de www.afd-fraktion-hessen.de

REDAKTION

Pressestelle AfD-Fraktion im Hessischen Landtag

RECHTLICHE HINWEISE UND HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Links

Auf die Inhalte von Links zu externen Seiten haben wir keinen Einfluss. Deshalb übernehmen wir für deren Inhalte keine Gewähr. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist stets der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf mögliche Rechtsverstöße überprüft. Rechtswidrige Inhalte waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar.

Urheberrecht

Die durch die AfD-Fraktion im Hessischen Landtag erstellten Inhalte in diesem Rundbrief unterliegen dem Urheberrecht. Die Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und jede Art der Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Rechteinhabers.

AN-/ABMELDUNG

Wenn Sie sich für **PLENUM** AKTUELL anmelden oder abmelden möchten, schreiben Sie uns an:

afd-rundbrief@ltg.hessen.de